Unter Bezugnahme auf Punkt 1 des Beschlussvorschlages fragt Herr Dr. Peeters, wieso die Bekanntmachung ohne Aufforderung zur Interessenbekundung erfolgen soll.

Herr Strack erklärt, dass man dies so machen könne aber nicht müsse. Verwaltungsseitig sei man der Überzeugung, dass man so „gut aufgehoben“ sei. Die Rahmenbedingungen seien im Vorfeld entsprechend erörtert worden.

Außerdem vermisst Herr Dr. Peeters eine Begründung zu der Aussage im Beschlussvorschlag, dass eine Übernahme des Stromnetzes nicht weiter verfolgt werde. So stelle sich die Frage, welche Daten zu dieser Aussage zugrunde gelegt wurden. Er verweist auf die Erfahrungen der Stadt Nümbrecht, die ihre Gemeindewerke rekommunalisiert hätten. Windeck hätte auch eigene Gemeindewerke. Es stelle sich die Frage, wie deren Erfahrungen auf Eitorf übertragbar seien.

Herr Sterzenbach erklärt, dass man Augen und Ohren offen gehalten und die Entwicklungen verfolgt habe. Er bezieht sich auf die Beratungen in Rat bzw. Hauptausschuss vom November letzten Jahres. In der Vorlage seien ja die denkbaren Grundlinien aufgezeigt worden. So sei auch dargelegt worden, dass sich die Dinge hinsichtlich einer Übernahme des Stromnetzes nun anders darstellten als vor der Liberalisierung des Strommarktes. Ad hoc sei die Wirtschaftlichkeit einer eigenen Netzübernahme nicht zu beurteilen. Hierzu bedürfe es eines Vorlaufes und weiterer Untersuchungen sowie eines erheblichen Geldaufwandes. Bewerte man die bisherigen Meinungen in einigen Fraktionen und die Aussagen in den Haushaltsreden, sei man zu der Meinung gelangt, zunächst nicht in Richtung Eigenübernahme zu tendieren, sondern mit dem vorhanden Partner das zu tun, was gem. Energiewirtschaftsgesetz auch zulässig sei, nämlich zu verhandeln. Hierzu sei aber die Bekanntmachung erforderlich. Dies sei eine förmliche Voraussetzung. Sinn dieses Grundsatzbeschlusses sei, diesen „Öffnungsmechanismus“ zu betätigen.

Herr Strack bekräftigt noch einmal, dass keine intensiven Prüfungen vorgenommen wurden. Dies sei deshalb nicht geschehen, weil die Fraktionen im November noch Beratungsbedarf angemeldet hatten. Mit Ausnahme des Antrages der CDU-Fraktion seien keine Anträge irgendwelcher Art registriert worden, die auf weitere Prüfung oder Erstellung eines Gutachten zielten. Der Bürgermeister ergänzt, dass der heutige Beschlussvorschlag u.a. Ausfluss des CDU-Antrages sei, in der Sache weitere Gespräche zu führen.

Herr Dr. Peeters erläutert nochmal die Erfahrungen der Stadt Nümbrecht. Diese schreibe schwarze Zahlen. So bliebe die Gewerbesteuer am Ort. Die Arbeiten am Netz erfolgten weiter über die SAG.

Ergänzend verweist er auf den seinerzeit erfolgten Verkauf der Straßenbeleuchtung zur Abwendung eines Haushaltsnotstandes. Allerdings müssten hierfür jährlich nun 120.000 Euro gezahlt werden.

Der Bürgermeister stellt klar, dass heute nicht der damalige Verkauf der Straßenbeleuchtung Beschlussgegenstand sei. Außerdem merkt er an, dass RWE in Eitorf sehr stark investiere in die Modernisierung des Stromnetzes.

Herr Liene unterstützt den Verwaltungsvorschlag. Man spreche hier vom Netz und nicht vom Stromverkauf o.ä..Der Markt sei durch die Regulierungsbehörde kontrolliert.

Herr Tendler verweist darauf, dass das RWE offensiv an alle Fraktionen herangetreten sei. Zum Verfahren regt er an, heute auf eine Beschlussfassung zu verzichten und diese im Rat zu treffen. Aufgrund der vorgetragenen Argumente bestehe noch Beratungsbedarf in seiner Fraktion.

Das weitere Verfahren wird in der Folge erörtert.

So wird verwaltungsseitig dargestellt, dass es sich heute ohnehin nur um eine Beschlussempfehlung an den Rat handeln würde.

Im weiteren Verlauf der Aussprache erklärt Herr Bösking, dass man sich möglicherweise wieder über viele Jahre binde. Vor diesem Hintergrund sei es sinnvoll, die Entscheidungen durch den neuen Rat treffen zu lassen.

Herr Sterzenbach relativiert diese Aussage. Zwar solle ein Grundsatzbeschluss gefasst werden, jedoch habe dann in der Tat der neue Rat über das weitere detaillierte Vorgehen und die nötigen Verträge zu entscheiden.

Herr Müller weist daraufhin, dass man sich ja schon lange mit dem Thema auseinandersetze und Zeit genug gewesen sei, sich hiermit zu beschäftigen. Ein möglicher Netzkauf erfordere auch die notwendigen Mittel. Diese habe man aber nicht. So lange man diese Frage nicht beantworten könne, erübrigten sich weitergehende Gedanken.

Herr Diwo verweist auf weitergehende Untersuchungen. So gehe es auch um die Wertermittlung des Netzes und die Beurteilung des Zustandes. Weiter stelle sich die Frage der erforderlichen personellen Ressourcen, ein solches Netz überhaupt zu betreiben.

Nach weiteren Wortmeldungen fasst der Bürgermeister zusammen und stellt Einvernehmen fest, am heutigen Tag auch auf eine Beschlussempfehlung an den Rat zu verzichten, sondern dort in der kommenden Sitzung die Entscheidung zu treffen.